

Der Bürgermeister wies auf die Sitzung der Lenkungsgruppe hin, die sich intensiv mit der Angelegenheit befasst habe. Nach Aufforderung der Stadt an die Rhenag, bestimmte Unterlagen bis zum heutigen Tag vorzulegen seien die angeforderten Daten fristgerecht eingegangen.

Auf Nachfrage von Herrn Knülle teilte der Bürgermeister mit, dass die Unterlagen der Rhenag am 21.11.2011 eingegangen sind. Als Geschäftsführer der Energieversorgungsgesellschaft (EVG) teilte Herr Lübken mit, eine Überprüfung der Daten (Vollständigkeit, Umfang und Aussagekraft) habe ergeben, dass diese im Hinblick auf die noch vorzunehmenden Berechnungen verwendet werden können. Aus Sicht der Stadtverwaltung ergänzte der Bürgermeister, zu einer tatsächlichen Validität könne jedoch zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussage getroffen werden, da hierfür noch eine fachliche Überprüfung durch die Beraterin, Frau Lepique, erforderlich ist.

Herr Knülle bat darum, künftig eingehende Informationen möglichst sofort an die Fraktionen zur Kenntnisnahme weiterzuleiten, um eine fraktionsinterne Beratung vor einer Ausschuss-/Ratssitzung zu ermöglichen. Dem schloss sich Herr Metz an; er hätte es begrüßt, wenn seitens der Verwaltung umgehend der Hinweis an die Fraktionen erfolgt wäre, dass seitens der Rhenag Daten geliefert worden sein.

Der Bürgermeister teilte mit, dass in der Lenkungsgruppe vereinbart worden sei, in der heutigen Sitzung zu berichten, ob Unterlagen eingegangen sind. Dies sei erfolgt.

Frau Jung vertrat die Auffassung, die übersandten Daten, bei denen es sich möglicherweise um Geschäftszahlen handele, seien zunächst für die EVG zur weiteren Prüfung bestimmt, bevor eine Zuleitung an die Fraktionen erfolgen könne. Dem schloss sich Herr Schell an. Er könne sich nicht vorstellen, dass die Vollständigkeit und Aussagekraft der Daten bereits am 21.11.2011 abschließend geprüft worden seien.

Frau Jung richtete ihren Dank an Herrn Lübken, dass die angeforderten Zahlen seitens der Rhenag geliefert wurden.

Dem schloss sich Herr Schell an. Für die CDU-Fraktion vertrat er die Auffassung, dass zunächst das Ergebnis der noch ausstehenden Prüfung durch Frau Lepique abgewartet werden müsse, bevor über die vorliegenden Anträge abgestimmt werden könne.

Herr Metz vertrat die Auffassung, die Zahlen seien geliefert worden, weil sich die Stadt und die EVG auf die Rhenag zu bewegt haben. Dies werte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN problematisch. Hinsichtlich des Verfahrens im Umgang mit den vorliegenden Anträgen schloss er sich der Auffassung von Herrn Schell an.

Dem schloss sich Herr Knülle für die SPD-Fraktion an. Er schlug vor, zur Bewertung und Feststellung der weiteren Beratungs- und Prüfungsergebnisse noch vor der Ratssitzung am 14.12.2011 eine Lenkungsgruppensitzung einzuberufen. Insoweit könnten die vorliegenden Anträge zurückgestellt werden.

Herr Schmitz-Porten bat den Bürgermeister um Mitteilung, ob er die Einschätzung von Frau Lepique für richtig halte, die SWBB habe ursprünglich zugesagt, die Kosten für eine Klage (Anwalts- und Gerichtskosten) auf Herausgabe des Gasnetzes zu tragen, jedoch nicht die Vorfinanzierung eines überhöhten Kaufpreises zugesagt habe; diese sollten von den Gesellschaftern der EVG anteilig getragen werden. Der Bürgermeister teilte hierzu mit, dass er die Einschätzung der eigens hierfür eingesetzten Beraterin nicht in Zweifel ziehe.

Herr Schmitz-Porten stellte anschließend für sich fest, dass der Bürgermeister seiner Fragestellung ausweiche.

Frau Bergmann-Gries bat um eine Information zum weiteren Vorgehen in der Ratssitzung am 14.12.2011.

Der Bürgermeister erläuterte, die Rhenag sei aufgefordert worden bis spätestens 23.11.2011 die angeforderten Daten zu liefern. Anderenfalls wäre in der heutigen Sitzung ein Beschlussvorschlag der Verwaltung zum weiteren Vorgehen erfolgt. Es erfolge nun eine Prüfung der vorgelegten Daten; eine Berichterstattung sei für die Ratssitzung am 14.12.2011 vorgesehen.

Anschließend verlas der Bürgermeister – nach einer 15-minütigen Sitzungsunterbrechung – einen von Herrn Knülle formulierten Antrag.

- „1. Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung vor der nächsten Ratssitzung eine Sitzung der EVG-Lenkungsgruppe einzuberufen mit den TOP „Beratung über die von der Rhenag erhaltenen Daten und das weitere Vorgehen“ und „Beratung der Stellungnahme des SWB zu den offenen Punkten des Pachtvertrages“.
2. Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt als Eilbeschluss die Vertreter des Rates im Aufsichtsrat der EVG in der Sitzung des Aufsichtsrates am 02.12.2011 den selbigen TOP zur Beratung aufzunehmen.
3. Die EVG-Lenkungsgruppe wird geöffnet für mögliche Vertreter der SWBB-Gremien, wie Vorsitzender Aufsichtsrat und Konsortialvorsitzender.
4. Die Ergebnisse aus der EVG-Lenkungsgruppe und nach Möglichkeit des Aufsichtsrates der EVG werden den Fraktionen bis spätestens 1 Woche vor der kommenden Ratssitzung schriftlich zur Kenntnis gegeben.“

Herr Metz bat um Mitteilung, bis wann die Validität der vorliegenden Daten der Rhenag geprüft sei und eine Einschätzung zum alternativen Angebot der SWBB erfolge. Eine Lenkungsgruppensitzung mache nur dann Sinn, wenn dies erledigt sei. Er erwarte, dass der Aufsichtsrat der EVG die beantragten Punkte zur Tagesordnung erhebt. Eine entsprechende Bindung der Aufsichtsratsmitglieder könne mitgetragen werden. Die beantragte Öffnung der Lenkungsgruppe erachte er als sinnvoll; ein diesbezügliches Begehren von Vertretern der SWBB sei ihm jedoch nicht bekannt.

Hinsichtlich der Prüfung der Daten und Einschätzung zum alternativen Angebot der SWBB teilte der Bürgermeister mit, dass der Beraterin die Daten bereits zugeleitet wurden. Eine Rückmeldung liege noch nicht vor. Eine konkrete Zeitschiene könne daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht aufgezeigt werden. Sobald Erkenntnisse vorliegen, erfolge eine Information an die Fraktionen.

Frau Bergmann-Gries ging davon aus, dass die Prüfung und Aufbereitung innerhalb kürzester Zeit erfolgen könne, damit in der kommenden Ratssitzung fundiert beraten und Beschlüsse gefasst werden können.

Herr Schell vertrat die Auffassung, dass die Verwaltung in dem von Herrn Knülle beantragten Sinne agiere, ohne dass es hierfür eines Beschlusses bedürfe. Er gab zu Bedenken, dass die geprüften Daten zudem von den Gesellschaftern der EVG zu bewerten seien, bevor seitens der Geschäftsführung ein Votum erfolge. Er sprach sich dafür aus, dass dies in einem möglichst engen Zeitfenster erfolge. Einer Beteiligung von Vertretern der SWBB in der Lenkungsgruppe könne er zustimmen, sofern dies Vertretern von Sankt Augustin auch in den Bonner Gremien ermöglicht wird.

Frau Jung hielt entgegen, dass es in der Verantwortung der Vertreter der SWBB liege, ihr Interesse an einer Teilnahme an der Lenkungsgruppe selbst mitzuteilen. Daher könne sie dem Antrag insoweit nicht zustimmen. Im Übrigen schloss sie sich den Ausführungen von Herrn Schell an.

Herr Knülle wies darauf hin, dass in Bonn eine Beratung in den formalen Gremien erfolge; dies erschwere zwar einen Zugang für Vertreter aus Sankt Augustin, mache dies aber nicht unmöglich.

Herr Waldärtl ergänzte, der Wunsch der Bonner zur Teilnahme an der Lenkungsgruppe zeige ein großes Interesse an einer Zusammenarbeit mit der Stadt Sankt Augustin. Er bemängelte, dass hinsichtlich der Zeitschiene keine konkreten Angaben gemacht werden können.

Herr Köhler vertrat die Auffassung, die Rhenag verfüge seit längerer Zeit über die jetzt vorgelegten Daten, die bei einem tatsächlichen Interesse bereits viel früher hätten übermittelt werden können. Von der beauftragten Beraterin könne eine umgehende Prüfung und Auswertung erwartet werden. Die Teilnahme der Bonner Vertreter an der Lenkungsgruppe sei als sachklärend anzusehen, wie dies auch in der letzten Sitzung der Fall gewesen sei. Vor diesem Hintergrund sollte eine weitere Teilnahme ermöglicht werden, auch wenn ein Zugang zu den formellen Gremien in Bonn nicht möglich ist. Eine Weisung an die Aufsichtsratsmitglieder der EVG im Sinne des Antrages von Herrn Knülle mache Sinn und sei als Stärkung zu verstehen.

Nach weiterer Diskussion über mögliche Vorgehensweisen unterbreitete der Bürgermeister in Erledigung des Antrages von Herrn Knülle folgenden einvernehmlichen Verfahrensvorschlag:

- Innerhalb der nächsten Woche wird den Fraktionen nach Abstimmung mit der Beraterin und den Gesellschaftern der EVG eine Zeitschiene zum weiteren Vorgehen mitgeteilt.
- Als Vorsitzender des Aufsichtsrates der EVG nimmt der Bürgermeister die begehrten Punkte zur Tagesordnung der nächsten Aufsichtsratssitzung.
- Das Ergebnis der Prüfung der Daten der Rhenag wird den Fraktionen schnellstmöglich mitgeteilt.
- Hinsichtlich einer Teilnahme der Bonner an Lenkungsgruppensitzungen erfolge eine rechtliche Prüfung. Soweit dies möglich ist, könne dies erfolgen.